

## **Stellungnahme zu den Anträgen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke**

Grundsätzlich unterstütze ich alle 4 Anträge zur Verbesserung der Situation in der Pflege der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. Es besteht kein Zweifel daran, dass die Gesamtsituation in der Pflege so schnell wie möglich und vor allem so gut und nachhaltig wie nur möglich verbessert werden muss. Es herrscht bereits heute ein eklatanter Mangel an Pflegefachkräften in der stationären Alten- und Krankenpflege. Dies resultiert in einer mangelhaften Patientenversorgung und in einer enormen Belastung des Personals.

In meiner Ausbildung habe ich sowohl Erfahrungen in der stationären Alten- und Krankenpflege, als auch in der ambulanten pflegerischen Versorgung gesammelt und kann somit die Auswirkungen des Mangels an qualifizierten Pflegefachkräften gut nachvollziehen.

Eine Pflegefachkraft betreut im Krankenhaus im Schnitt 13 Patienten<sup>1</sup>. Der pflegerische Gesamtaufwand eines einzelnen Patienten ist zwar sehr individuell, jedoch durch das steigende Alter und die damit verbundene Multimorbidität der Patienten, häufig sehr hoch. In meiner Ausbildung lerne ich eine ganzheitliche, an den Bedürfnissen orientierte Pflege an den Patienten durchzuführen. Unter den beschriebenen Umständen ist dies jedoch nicht möglich. Das demotiviert und nimmt auf Dauer die Freude am Beruf. Das Fatale daran ist, dass sich daraus eine Art Abwärtsspirale entwickelt. Durch die enorme Arbeitsverdichtung und das Nichtvorhandensein von Zeit für die adäquate Versorgung der Patienten wird der Druck für viele Pflegekräfte zu hoch, so dass diese in der Krankenpflege im Schnitt nach 7,5 Jahren den Beruf verlassen<sup>2</sup>. Durch die abgewanderten Fachkräfte verstärkt sich die Arbeitsverdichtung und dies führt zu Demotivation und Frustration weiterer Pflegekräfte. Es gilt diese Spirale umzukehren. Dafür benötigt es weit mehr als 8.000 Pflegekräfte. Auch die geplanten 25.000 Stellen werden nicht ausreichen, wengleich sie einen deutlich größeren Schritt darstellen und deutlich wirksamer sein würden, weshalb ich diesen Vorschlag ausdrücklich begrüße.

Es wird allerdings nichts bringen, noch mehr Stellen zu schaffen, wenn auch diese nicht besetzt werden. Die Politik muss Anreize schaffen, damit genügend Pflegekräfte sich entscheiden in der Pflege zu bleiben oder auch zurückzukehren. Dafür braucht es klare Zeichen, die bei den Menschen ankommen. Dazu gehört ganz klar eine deutlich bessere Entlohnung, welche der Verantwortung gerecht wird. Ebenso gehören Maßnahmen dazu, die einen Ausgleich zu der harten körperlichen und psychischen Belastung schaffen, wie z.B. eine reduzierte maximale Wochenarbeitszeit oder das Einführen von gesetzlichen Ruhezeiten für Pflegekräfte, welche nicht aufgeweicht werden können. Nicht selten müssen Pflegekräfte innerhalb einer Woche mehrmals von Spät- zu Frühschicht wechseln. Das heißt im Idealfall um 21 Uhr Dienstende und 6 Uhr Schichtbeginn. Bei Wegzeiten und weiterer privater Verantwortung durch beispielsweise Kinder bleibt dort häufig nicht genügend Erholung um auf Dauer eine gesunde Lebensführung zu gewährleisten.

Eine wichtige Maßnahme zur Sicherung einer angemessenen Patientenversorgung ist eine verbindliche Personalbemessung. Ich stimme in diesem Punkt dem Antrag der Fraktion Die Linke zu, in dem darauf hingewiesen wird, dass aktuell die falschen Akteure eben diese Personalbemessung gestalten. Diejenigen, die für die Pflege entscheiden und Regeln festlegen sind zum Teil Akteure, welche nicht als primäres Interesse eine gute pflegerische Versorgung haben, sondern gerade im Falle der Deutschen Krankenhausgesellschaft primär betriebswirtschaftliche Interessen in den Vordergrund stellen. Die Personalbemessung sollte von denen erarbeitet werden, die am ehesten dafür qualifiziert sind und deren Interesse eine gute Versorgung der Patienten und eine Entlastung der Arbeitnehmer in der Pflege sind. Dazu gehören Gewerkschaften, Berufsverbände und Experten, wie auch Forschungsinstitute. Auch das wäre ein Zeichen an die Beschäftigten in der Pflege, dass die Interessen der professionell Pflegenden tatsächlich ernst genommen werden.

Die Verteilung der Gelder im Gesundheitswesen und speziell in den Krankenhäusern muss grundsätzlich besser überwacht werden. Man kann nicht auf der einen Seite mehr Geld in das System stecken, wenn auf der anderen Seite Klinikkonzerne wie HELIOS im Jahr 2017 einen Gewinn von über 720 Millionen Euro erzielen<sup>3</sup>. Die Klinikbetreiber müssen verpflichtet werden, dass das Geld, welches tatsächlich für die Pflege vorgesehen ist letztendlich auch dort ankommt.

Maßnahmen zur Verbesserung der Verhältnisse in der stationären Pflege müssen so schnell wie möglich eingeleitet werden. Es müssen mehr Anreize geschaffen werden, den Pflegeberuf auszuüben und dies kann nur über eine bessere Entlohnung und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen geschehen.

Einzelnachweise:

- 1 [https://www.aerztezeitung.de/politik\\_gesellschaft/pflege/article/960577/pflege-fluch-segen-personal-untergrenzen.html](https://www.aerztezeitung.de/politik_gesellschaft/pflege/article/960577/pflege-fluch-segen-personal-untergrenzen.html)  
(10.04.2018; 21:30 Uhr)
- 2 <http://www.dbfk.de/manifest/der-hintergrund/>  
(10.04.2018; 21:30 Uhr)
- 3 <https://www.bibliomedmanager.de/news-des-tages/detailansicht/34543-helios-legt-bei-umsatz-zu/>  
(10.04.2018; 21:30 Uhr)